

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 39

FREITAG, DEN 17. MAI

2013

Inhalt:

	Seite		Seite
Öffentliche Zustellung	777	lichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten	778
Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens	777	Öffentliche Bekanntmachung über die Änderung der Fortbildungsordnung der Hamburgischen Kammer der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten	778
Öffentliche Auslegung eines Bauleitplan-Entwurfs	778		
Öffentliche Bekanntmachung über die Weiterbildungsordnung der Hamburgischen Kammer der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugend-			

BEKANNTMACHUNGEN

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt von Refa Tuna, geboren am 6. Juni 1973, zuletzt wohnhaft Erlerring 10, 21109 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 21. Mai 2013 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 211, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 4. Juni 2013 als bewirkt.

Hamburg, den 23. April 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 777

Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), für das Gebiet zwischen der Wohnbebauung am Schleemer Weg im Westen und Norden, dem Schleemer Teich im Osten und der Möllner Landstraße im Süden den bestehenden Bebauungsplan Billstedt 2 zu ändern (Aufstellungsbeschluss M 01/13, Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil 130).

Eine Karte, in der das Plangebiet farbig dargestellt ist, kann beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamts Hamburg-Mitte während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Über das Flurstück 4168 (Schleemer Weg), Nordgrenze des Flurstücks 852, Ostgrenze des Flurstücks 852 der Gemarkung Schiffbek – über das Flurstück 942 (Möllner Landstraße), Westgrenze des Flurstücks 852 der Gemarkung Schiffbek.

Durch den vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit der beabsichtigten Bezeichnung Billstedt 107 soll insbesondere dem Ziel des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg gemäß dem „Vertrag für Hamburg“ aus dem Jahr 2011, den Wohnungsbau zu aktivieren und zu stärken, um für den prognostizierten Zuwachs an Haushalten ein adäquates Wohnungsangebot bereitzustellen, nachgekommen werden. Die unmittelbare räumliche Nähe zum Billstedter Zentrum, die herausgehobene Lage am Grünzug des Schleemer Parks/Schleemer Baches sowie die Wohnnutzungen im Umfeld prädestinieren die Fläche für eine Entwicklung zu Wohnzwecken. Das Vorhaben steht im Einklang mit den Zielsetzungen des Entwicklungskonzepts Billstedt-Horn und des bezirklichen Wohnungsbauprogramms, eine Stärkung und einen Ausbau des Wohnens durch Nachverdichtung und Neubau zu betreiben.

Vor diesem Hintergrund besteht die Zielsetzung, am Standort Möllner Landstraße Miet- und Eigentumswohnungen für familiengerechtes und generationsübergreifendes Wohnen zu bauen. Die dort bestehende, als Denkmal erkannte und seit dem 1. Mai 2013 unter Denkmalschutz gestellte Villa im Süden des Plangebiets soll bestandsgemäß als Wohngebäude mit zwei Vollgeschossen festgesetzt werden.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird gemäß § 13 a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB aufgestellt. Die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Absatz 1 BauGB hat am 25. September 2012 stattgefunden.

Hamburg, den 13. Mai 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

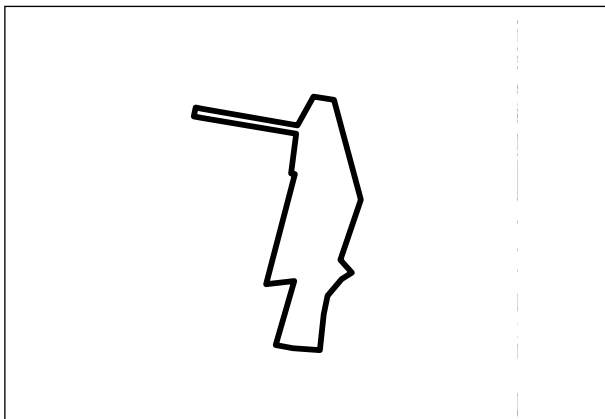
Amtl. Anz. S. 777

Öffentliche Auslegung eines Bauleitplan-Entwurfs

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte hat beschlossen, folgenden Bauleitplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), öffentlich auszulegen:

Vorhabenbezogener Bebauungsplan-Entwurf Billstedt 107

Gebiet zwischen der Wohnbebauung am Schleemer Weg im Westen und Norden, dem Schleemer Teich im Osten und der Möllner Landstraße im Süden (Aufstellungsbeschluss M 01/13, Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil 130).



Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Über das Flurstück 4168 (Schleemer Weg), Nordgrenze des Flurstücks 852, Ostgrenze des Flurstücks 852 der Gemarkung Schiffbek – über das Flurstück 942 (Möllner Landstraße), Westgrenze des Flurstücks 852 der Gemarkung Schiffbek.

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Billstedt 107 (zeichnerische Darstellung mit textlichen Festsetzungen und Begründung) wird in der Zeit vom 27. Mai 2013 bis zum 26. Juni 2013 an den Werktagen (außer sonntags) während der Dienststunden an folgendem Ort öffentlich ausgelegt: Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, Klosterwall 8 (City-Hof Block D), VI. Stock, 20095 Hamburg.

Der Bebauungsplan wird nach § 12 BauGB vorhabenbezogen und gemäß § 13 a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB aufgestellt. Die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Absatz 1 BauGB hat am 25. September 2012 stattgefunden.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu dem ausliegenden Bebauungsplan-Entwurf bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können nach § 3 Absatz 2 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 13. Mai 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 778

Öffentliche Bekanntmachung über die Weiterbildungsordnung der Hamburgischen Kammer der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten

Gemäß § 26 Absatz 2 Hamburgisches Kammergesetz für die Heilberufe (HmbKGGH) vom 14. Dezember 2005 (HmbGVBl. S. 495), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Juni 2012 (HmbGVBl. S. 254, 260), wird hiermit bekannt gemacht, dass die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz mit Datum vom 6. Mai 2013 die von der Delegiertenversammlung der Psychotherapeutenkammer Hamburg am 13. Februar 2013 beschlossene Neufassung der Weiterbildungsordnung gemäß § 6 Absatz 6 in Verbindung mit § 57 Satz 1 HmbKGGH genehmigt hat. Die neue Weiterbildungsordnung tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf die Verkündung im „Psychotherapeutenjournal“ folgt. Das Psychotherapeutenjournal kann beim medhochzwei Verlag GmbH, Alte Eppelheimer Straße 42/1, 69115 Heidelberg, bezogen bzw. in der Geschäftsstelle der Kammer, Hallerstraße 61, 20146 Hamburg, während der Öffnungszeiten (montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags bis 14.00 Uhr) eingesehen werden.

Hamburg, den 7. Mai 2013

Psychotherapeutenkammer Hamburg

Amtl. Anz. S. 778

Öffentliche Bekanntmachung über die Änderung der Fortbildungsordnung der Hamburgischen Kammer der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten

Gemäß § 26 Absatz 2 Hamburgisches Kammergesetz für die Heilberufe (HmbKGGH) vom 14. Dezember 2005 (HmbGVBl. S. 495), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Juni 2012 (HmbGVBl. S. 254, 260), wird hiermit bekannt gemacht, dass die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz mit Datum vom 6. Mai 2013 die von der Delegiertenversammlung der Psychotherapeutenkammer Hamburg am 13. Februar 2013 beschlossene Neufassung der Änderung zur Fortbildungsordnung gemäß § 6 Absatz 6 in Verbindung mit § 57 Satz 1 HmbKGGH genehmigt hat. Die neue Fortbildungsordnung tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf die Verkündung im „Psychotherapeutenjournal“ folgt. Das Psychotherapeutenjournal kann beim medhochzwei Verlag GmbH, Alte Eppelheimer Straße 42/1, 69115 Heidelberg, bezogen bzw. in der Geschäftsstelle der Kammer, Hallerstraße 61, 20146 Hamburg, während der Öffnungszeiten (montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags bis 14.00 Uhr) eingesehen werden.

Hamburg, den 7. Mai 2013

Psychotherapeutenkammer Hamburg

Amtl. Anz. S. 778

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung Vergabenummer: 13 A 0158

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 200,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: 13 A 0158
Wärmeverbundsystem
Grundinstandsetzung Gebäude 31 / 4113 G 0802
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
**Reichspräsident Ebert Kaserne,
Osdorfer Landstraße 365, Hamburg**
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Viergeschossiges Unterakunftsgebäude.
Art und Umfang der Leistung:
– Mineralwolle – Fassadendämmung WAP-zg, d= 120 mm
– Mineralischer Edelputz ohne Biozidzusätze
– Anstrich, mineralisch matt, hydrophile Kieselsol-Silikatfarbe ohne Biozide
– Gesamtfläche ca. 1610 m²
Ausführung in 2 Abschnitten:
1. Abschnitt: 24. September 2013 bis 16. Dezember 2013
2. Abschnitt: 8. April 2014 bis 19. Mai 2014
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 24. September 2013
Fertigstellung der Leistungen bis: 19. Mai 2014
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 28. Mai 2013
Versand der Verdingungsunterlagen: 5. Juni 2013
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe des Entgeltes: 7,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333

BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 13 A 0158

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der in Abschnitt k) genannten Stelle angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
26. Juni 2013, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 26. Juli 2013

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20 %-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen: Herr Beusen
Telefon: 040 / 4 28 42 - 277

Hamburg, den 8. Mai 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –

437

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 13 A 0160

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer: **13 A 0160**

Stahlbauarbeiten

Grundinstandsetzung Gebäude 31 / 4113 G 0802

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

Reichspräsident Ebert Kaserne,
Osdorfer Landstraße 365, Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:

Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:

Viergeschossiges Unterakunftsgebäude.

Art und Umfang der Leistung:

Kurzbeschreibung:

- 2-läufige Stahlterasse im Außenbereich über 5 Geschosse. Gesamtgewicht der Stahlkonstruktion ca. 6,8 t.
- Stahlstabgeländer der Stahlterasse, Gesamtlänge ca. 104 m
- Gitterrostpodestflächen, ca. 40 m²
- Gitterroststufen, 71 Stck.

– Erneuerung des Handlaufes im Treppenhaus aus Edelstahl, Gesamtlänge ca. 25,5 m

– diverse Schlosserarbeiten, Gitterroste, Randwinkel, Eingangstreppegeländer

– Die Leistung ist in 2 Abschnitte unterteilt:

1. Abschnitt: 17. Oktober 2013 bis 23. Oktober 2013

2. Abschnitt: 29. April 2014 bis 12. Mai 2014

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 17. Oktober 2013

Fertigstellung der Leistungen bis: 12. Mai 2014

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Bewerbungsschluss: 29. Mai 2013

Versand der Verdingungsunterlagen: 6. Juni 2013

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe des Entgeltes: 8,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333

BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 13 A 0160

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,

– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der in Abschnitt k) genannten Stelle angefordert wurden,

– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

27. Juni 2013, 10.00 Uhr,

Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 29. Juli 2013

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20 %-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen: Herr Beusen
Telefon: 040/4 28 42 - 277

Hamburg, den 8. Mai 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –

438

Öffentliche Ausschreibung

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5,
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 26 - 26 31, Telefax: 040/4 28 26 - 2488,
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Hamburg
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-186/13**

Bauvorhaben:

Knotenpunkt Ratsmühlendamm/Brombeerweg/Maienberg

Wesentliche Leistungen:

Gegenstand der Ausschreibung ist die Beseitigung der Deckenschäden für folgende Bereiche:

Los 1: 11 Stck. Schachtteil ausbauen, Abdeckung und Auflagerring, 130 m³ SFM in Fahrbahn herstellen, 5.480 m² Abi, Asphaltgrobbleton, ATS fräsen, 7–9 cm, 6.270 m² Abi herstellen 8,5 cm dick, 5.480 m² Asphaltdeckschicht fräsen T bis 4 cm, Fahrbahn, 1.100 m² Betonplatten 50/50/7 verlegen in R/G, 680 m GHB setzen, gerade, 1 Stck. Mast DU 244,5/5,0 mm aufstellen, 4,5–5 m lang, 20 d FLSA – Anlage vorhalten/betreiben, 230 m² Oberboden liefern und andecken 10 cm, 540 m³ Boden Kl. 3–5, ZO lösen, entfernen, 53 m³ Leitungsgaben herstellen, Tiefe bis 1,25 m, 370 m Kabelschutzrohr des AG, 4-rohrig einbauen.

Los 2: 22 m³ SFM in Fahrbahn einbauen (1. TS), 3.600 m² Abi herstellen 8,5 cm dick, 3.480 m² SMA BK I–III, 3,5 cm dick herstellen, 140 m² GA in Rinnen 88 kg/m² einbauen, 76 m² Betondecke in Busbucht herst. 22 cm dick, 30 m² Rotes Radwegpflaster verlegen, 7 cm dick.

Los 3: 1 psch. Verkehrszeichenpläne aufstellen/abstimmen, 1.180 h Hinweistafeln vorhalten, 1.312 h Umleitungstafeln vorhalten, 1 psch. Verkehrszeichenpläne Ph. 1 aufstellen/abstimmen, 1 psch. Verkehrszeichenpläne Ph. 2 aufstellen/abstimmen, 43 d Verkehrsführung im Umfeld Ph. 1 vorhalten, 19 d Verkehrsführung im Umfeld Ph. 2 vorhalten, 43 d Verkehrsf. KN Wellingsb./Fuhlsb./Ratsm. Ph. 1 vorhalten, 19 d Verkehrsf. KN Wellingsb./Fuhlsb./Ratsm. Ph. 2 vorhalten, 62 d Transp. Lichtsignalanlage vorhalten, 34 d Verkehrsf. KN Brombeerweg/Hummelsbütteler vorhalten, Bauphase 1, 3 d Verkehrsf. KN Brombeerweg/Hummelsbütteler vorhalten, Bauphase 2, 65 d Kontrollfahrten der Sicherungseinrichtung, Umfeld Baumaßnahme.

g) Entfällt

h) Siehe Buchstabe f). Die Angebote können für ein oder mehrere Lose abgegeben werden.

i) Beginn: Juni 2013, Ende: November 2013.

j) Nebenangebote sind zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme:

Vom 13. Mai 2013 bis 29. Mai 2013, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, RB/ZVA,
Zimmer E 228, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 28 40 - 25 54

l) Höhe des Kostenbeitrages: 35,- Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und

Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 30. Mai 2013, 10.30 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E231,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 30. Mai 2013 um 10.30 Uhr
Anschrift: siehe Buchstabe o)
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

Der Bieter hat weiterhin auf gesondertes Verlangen nachfolgend genannte Angaben und Nachweise vorzulegen: Qualifikation MVAS, Qualifikation SIGEKO, Vertragsbedingungen (BVB) zur sozialverträglichen Beschaffung, Benennung Liefer- und Ersatzmischwerk, Benennung Labor für Analytik, Qualifikation für Entwässerung (gem. ZTV Siele Hmb.; Anerkennung HSE), Benennung Baumgutachter, Benennung verantwortliche Person nach § 20 SprengG.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 11. Juli 2013
- w) Beschwerdestelle:
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefax: 040/4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 8. Mai 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 439

**Ausschreibung
bevollmächtigte Bezirksschornsteinfegerin/
bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger**

Der Kehrbezirk 531 der Freien und Hansestadt Hamburg ist zum **1. Juli 2013** mit **einer/einem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegerin/bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger** zu besetzen.

Der Kehrbezirk liegt im Bezirksbereich Hamburg Wandsbek und umfasst Anteile der Stadtteile Lehmsahl-Mellingstedt (Ortsteil 521) und Bergstedt (531).

In 2012 soll das Arbeitswertevolumen für die gesamten Tätigkeiten ca. 104.000 AW betragen haben. Das Arbeitswertevolumen für die hoheitlichen Tätigkeiten ist deutlich geringer. Der Kehrbezirk umfasst derzeit 2498 Liegenschaften, von denen 126 Liegenschaften ungenutzt sind. Wir weisen darauf hin, dass aufgrund eines fehlerhaften Datenbestandes die in den Feuerstättenbescheiden festgelegten Daten nicht vollständig dokumentiert sind und insoweit nacherfasst werden müssen.

Die Aufgaben des Kehrbezirks werden seit dem 1. April 2013 von einem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger eines anderen Bezirks in Stellvertretung wahrgenommen.

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sucht für den Kehrbezirk eine engagierte Persönlichkeit, die die Voraussetzungen zur bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegerin oder zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger erfüllt.

Die Bestellung ist auf sieben Jahre befristet. Auf § 12 (1) Schornsteinfegerhandwerksgesetz (SchfHwG) wird hingewiesen.

Die Aufgaben und Tätigkeiten einer bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegerin/eines bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers werden in den §§ 13 bis 16 SchfHwG beschrieben.

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen für die Ausübung der Tätigkeit einer bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegerin/eines bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers geeignet sein. Gemäß § 9 (2) SchfHwG ist fachlich und persönlich geeignet, wer die handwerksrechtlichen Voraussetzungen zur selbstständigen Ausübung des Schornsteinfegerhandwerks besitzt. Das ist der Fall bei Personen, die mit dem Schornsteinfegerhandwerk in die Handwerksrolle eingetragen sind oder die nach §§ 7 bis 9 Handwerksordnung (HwO) ohne weiteres in die Handwerksrolle eingetragen werden können.

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen über die für die Erfüllung der Aufgabe von bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegerinnen/bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern erforderlichen Rechtskenntnisse verfügen und diese auf Verlangen nachweisen.

Bewerberinnen und Bewerber, die ihre Berufsqualifikation in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz erworben haben, müssen erklären, dass sie über Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen, die für die Ausübung der Tätigkeit von Bezirksschornsteinfegermeistern erforderlich sind.

Die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber wird nach ihrer Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung vorgenommen.

Mit der schriftlichen Bewerbung, die den Familiennamen, die Vornamen, die Anschrift, die Telefon- und gegebenenfalls die Telefax-, die Mobilfunknummer und eine E-Mail-Adresse enthält sowie vom Bewerber unterschrieben wird, sind folgende Unterlagen vorzulegen

- a) Unterschriebener tabellarischer Lebenslauf, der genaue Angaben über die schulische und berufliche Vorbildung, den beruflichen Werdegang und über zusätzliche Qualifikationen und Abschlüsse enthält,
- b) Nachweis über das Vorliegen der Voraussetzungen zur Eintragung in die Handwerksrolle:
 - Zeugnisse über die Gesellenprüfung und
 - die Meisterprüfung oder
 - über gleichwertige Qualifikationen, im Fall einer in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz erworbenen Berufsqualifikation die nach § 6 EU/EWR Handwerksverordnung vorzulegenden Unterlagen und Bescheinigungen,

- c) Lückenlose Nachweise über bisherige Schornsteinfegertätigkeiten, wie Bestellsurkunden, Arbeitsverträge oder vergleichbare Unterlagen,
- d) Nachweise über zusätzliche Qualifikationen, Weiterbildungsmaßnahmen und Abschlüsse (hierzu zählen auch Teilnahmebescheinigungen für Seminare und Schulungen),
- e) Erklärung, dass die Bewerberin/der Bewerber im Falle einer Bestellung ein Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde – Belegart O – gem. § 30 Bundeszentralregistergesetz beantragt,
- f) Erklärung, dass die Bewerberin/der Bewerber im Falle einer Bestellung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei einer Behörde nach § 150 (5) Gewerbeordnung oder bei Bewerbern, die ihre Berufsqualifikation in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz erworben haben, eine Bescheinigung der zuständigen Stelle des Herkunftsstaates, dass die Ausübung des Gewerbes nicht wegen Unzuverlässigkeit untersagt worden ist, beantragt und vorlegt. Werden im Herkunftsstaat die vorgenannten Unterlagen nicht ausgestellt, können sie durch eine Versicherung an Eides Statt oder in Staaten, in denen es eine solche nicht gibt, durch eine feierliche Erklärung ersetzt werden, die die Bewerber vor einer zuständigen Behörde, einem Notar oder einer entsprechend bevollmächtigten Berufsorganisation des Herkunftsstaates abgegeben haben und die durch diese Stelle bescheinigt wurde,
- g) Bei Bewerberinnen und Bewerbern in ausgeübter selbstständiger Tätigkeit eine Bescheinigung über die ordnungsgemäße Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge für Selbständige (für die Bewerberin/den Bewerber selbst sowie deren Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen),
- h) Bei Bewerberinnen und Bewerbern in ausgeübter selbstständiger Tätigkeit eine steuerrechtliche Unbedenklichkeitsbescheinigung (Bescheinigung in Steuersachen) des zuständigen Finanzamtes,
- i) Erklärung darüber, ob innerhalb der letzten zwölf Monate gegen die Bewerberin oder den Bewerber strafrechtliche Verurteilungen ergangen sind, ein gerichtsfestes Strafverfahren anhängig ist oder ein anhängiges Ermittlungsverfahren bekannt ist,
- j) Erklärung darüber, dass die Bewerberin/der Bewerber gesundheitlich geeignet ist, die Aufgaben einer bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegerin/eines bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers wahrzunehmen,
- k) Erklärung darüber, dass im Falle einer Bestellung eine vorhandene Bestellung aufgegeben wird.

Die Bewerbungsunterlagen unter Punkt b) bis d) sind der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in Kopie zu übersenden. Es ist keine Beglaubigung erforderlich. Vor der Bestellung kann die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt die Vorlage der eingereichten Unterlagen im Original verlangen. Die Bescheinigungen/Erklärungen der Punkte e) bis k) dürfen nicht älter als 3 Monate sein.

Der Bewerbung können weitere Unterlagen beigelegt werden, die zusätzliche Auskünfte über die Befähigung und fachliche Leistung der Bewerberin oder des Bewerbers geben.

Sollte die Bewerberin oder der Bewerber einen Kehrbezirk außerhalb der Freien und Hansestadt Hamburg haben, teilt sie/er der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Name, Anschrift, Telefon-/Telefaxnummer und E-Mail-Adresse der zuständigen Aufsichtsbehörde mit.

Bevollmächtigte Bezirksschornsteinfegerinnen und bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger können nach § 10 (1) SchfHwG nur für jeweils einen Kehrbezirk bestellt werden.

Im Fall einer Bestellung entstehen Kosten nach dem Gebührengesetz vom 5. März 1986 (HmbGVBl. 1986, S. 37) i.V.m. der Gebührenordnung für Amtshandlungen auf dem Schornsteinfegerwesen vom 7. Dezember 2010 (HmbGVBl. 2010, S. 639), jeweils in der aktuellen Fassung.

Ihre schriftliche Bewerbung muss mit den erforderlichen Unterlagen bis zum **4. Juni 2013 um 11.45 Uhr** unter Angabe des **Aktenzeichens DK IB 184/13** in der **Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Zentrale Vergabeaufsicht, ZVA, Zimmer E231, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg**, eingegangen sein.

Die eingereichten Bewerbungsunterlagen werden vorbehaltlich der folgenden Ausnahmen **nicht zurückgesandt**.

Im Falle fehlender/unvollständiger, veralteter oder nicht fristgemäß eingesandter Bewerbungsunterlagen sind die Bewerberinnen und Bewerber in der Regel vom Auswahlverfahren ausgeschlossen. Die Bewerbungsunterlagen werden mit entsprechendem Vermerk zurückgesandt.

Im Falle einer Berufung auf Bewerbungsunterlagen einer früheren Bewerbung gelten die Bewerbungsunterlagen in der Regel als nicht eingesandt! Sie werden mit entsprechendem Vermerk zurückgesandt. **Dies gilt nicht** für den Verweis auf die Auskunft aus dem Gewerbezentralregister bzw. das Führungszeugnis sowie die Nachweise der Punkte g) und h) einer früheren Bewerbung, solange diese Unterlagen zum Zeitpunkt der Bewerbung für den ausgeschriebenen Kehrbezirk noch Gültigkeit besitzen. Diese Regelung gilt im Rahmen dieser Ausschreibung auch nicht, wenn der Bewerber auf Bewerbungsunterlagen für die kürzlich ausgeschriebenen Kehrbezirke HH Nr. 102, 215, 416, 422, 513, 516 oder 519 verweist. In diesem Fall sind jedoch mindestens die Punkte a), c) und d) im Rahmen einer erneuten Bewerbung zu aktualisieren.

Da mehrere Kehrbezirke ausgeschrieben sind, können sich die Bewerberinnen und Bewerber auch auf mehrere Kehrbezirke bewerben. Die Bewerbungsunterlagen sind in diesem Fall nur einfach einzureichen. Die Bewerberinnen und Bewerber haben die **Rangfolge** der von Ihnen bevorzugten Kehrbezirke anzugeben.

Bitte beachten Sie, dass bei der Auswertung der Bewerbungsunterlagen **nur eingereichte Qualifikations- und Weiterbildungsnachweise** berücksichtigt werden können. Teilnahmebescheinigungen für allgemeine Schulungen werden bis zu 5 Jahren rückwirkend ab dem Monat der Ausschreibung berücksichtigt. Sonstige Qualifikations- und Lehrgangsnachweise werden i.d.R. ohne zeitliche Einschränkung berücksichtigt.

Wenn der Bewerber in einem **DIN EN ISO-zertifizierten Betrieb** arbeitet, ist der Bewerbung hierüber ein Nachweis beizulegen.

Für Auskünfte zum Auswahlverfahren steht Ihnen die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Herr Haas, Telefon: 040/4 28 40 - 26 12 gerne zur Verfügung.

Hamburg, den 8. Mai 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 440

**Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen**

**D-Hamburg: Dienstleistungen von Architektur- und
Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
2013/S 091-155116**

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Freie und Hansestadt Hamburg
 Behörde für Wissenschaft und Forschung
 vertreten durch die
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 – Hochschulbau –
 Kontaktstelle(n): Vergabestelle
 Weidestraße 122 c, 22083 Hamburg, Deutschland
 Telefon: +49/040/4 28 63 - 52 87
 Telefax: +49/040/4 27 94 - 07 94
 E-Mail: hsbvergabe@bsu.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 – Hochschulbau –
 Kontaktstelle(n): Vergabestelle
 Weidestraße 122 c, 22083 Hamburg, Deutschland
 Telefax: +49/040/4 27 94 - 07 94
 E-Mail: hsbvergabe@bsu.hamburg.de
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
 Bildung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag
anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 Neubau Forschungszentrum Universität Hamburg für Ultrafast Imaging (HCUI) – Architektenleistungen.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Dienstleistungen
 Dienstleistungskategorie Nr 12:
 Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versu-

che und Analysen.

NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Mit dem Hamburg Center for Ultrafast Imaging (HCUI) wird in Zusammenarbeit mit den bereits existierenden (Center für Free-Electron Laser Science – CFEL) oder im Bau/in der Planung befindlichen (Center für Hybrid Nanostructures – CHYN) Maßnahmen am Standort der Physik Campus Hamburg-Bahrenfeld ein weiteres Gebäude errichtet. Der Forschungsneubau wird im Rahmen des CUI Bundesexzellenzclusters neu geschaffene universitäre Arbeitsgruppen aufnehmen. Insgesamt 6 Professuren werden an der Schnittstelle zwischen Physik, Chemie und Biologie an Fragen zur Dynamik von Atomen, Molekülen und Nanoteilchen bis hin zu biomolekularen Komplexen und zellularen Funktionseinheiten arbeiten und dabei modernste ultraschnelle optische Methoden verwenden. Als Bedarf werden ca. 2300 m² Nutzfläche (NF 1-6) benötigt, von welcher ca. 46 % als exzellent ausgestattete Laborfläche und ca. 54 % als Bürofläche genutzt werden sollen.

- a) Anforderungen an die Labore sind insbesondere:

- physikalische, chemische und biochemische Versuche,
- Erschütterungsfreiheit,
- Vermeidung von Infraschall,
- Stabilität des Raumklimas.

- b) Anforderungen an die Büroräume:

- z. T. mit kleineren Versuchsausstattungen (z. B. Mikroskopier- oder Assemblierplatz),
- Konferenz- und Besprechungsraum.

- c) Allgemeine Anforderungen an das Gebäude:

- Brandschutz für die Art des Gebäudes und der Nutzungen,
- ggfs. Versammlungsstätte.

Ausgeschrieben sind die Leistungen gemäß § 33 HOAI in Verbindung mit Anlage 11. Das Projekt soll über ein ÖÖP-Verfahren realisiert werden, entsprechend hängen die Leistungsphasen 3-9 und die weitere Beauftragung von dem künftigen ÖÖP-Partner ab. Folgende Grundsätze sind zu berücksichtigen: Wirtschaftlichkeit in Planung, Ausführung und Betrieb, Prinzipien des nachhaltigen Bauens, Minimierung der Lebenszykluskosten und Optimierung der Energieeffizienz des Gebäudes.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

- II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose
Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang
Leistungen gemäß § 33 HOAI in Verbindung mit Anlage 11; Leistungsphasen 1-9, Abruf der Leistungsphasen 1-2.
- II.2.2) Angaben zu Optionen
Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**
Laufzeit: 6 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten
Haftpflchtversicherung:
Personenschäden: 2 500 000,- Euro
Sonstige Schäden: 2 000 000,- Euro
Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers gem. II.1.1), einzureichen. Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z.B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen

Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, sämtliche/folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen. Des Weiteren ist eine Erklärung des anderen Unternehmens vorzulegen, mit dem dieses sich verpflichtet, für den Fall der Auftragserteilung an die Bewerberin bzw. den Bewerber, genau anzugebende Leistungen zu erbringen. Folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderte Erklärungen und Nachweise gem. VOF sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

- 1.) Angaben, ob und auf welche Art die Bewerberin bzw. der Bewerber wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft ist oder ob und auf welche Art sie oder er auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeitet, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen.
 - 2.) Formlose Erklärung, dass kein Ausschluss der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg von der Teilnahme am Wettbewerb nach § 4 Abs. 9 Buchstaben b) und c) VOF besteht.
 - 3.) Formlose Erklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 4 VOF vorliegen.
 - 4.) Namen/berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistung im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen.
 - 5.) Juristischen Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
6.) Bescheinigung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung. Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Vgl. III.1.1.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Die Bepunktung der unter 7 bis 8 geforderten Nachweise erfolgt mit bis zu einer Nachkommastelle.
- 7.) Das Bauvorhaben wird folgende Anforderungen beinhalten:
 - a) Physikalische Versuche (0-2 Pkt.),
 - b) Chemische und biochemische Versuche (0-2 Pkt.),
 - c) Erschütterungsfreiheit (D) (0-1 Pkt.),
 (gesamt: 0-5 Punkte).
Weisen Sie Ihre fachliche Eignung für dieses Projekt nach, indem Sie uns anhand von Ihnen bearbeiteter Projekte beschreiben, wie die oben genannten Anforderungen für Forschungsgebäude von Ihnen umgesetzt wurden und ordnen Sie die zu bewertenden Anforderungen a)-c) den einzelnen Projekten zu.

- 8) Weisen Sie uns Ihren Erfahrungsumfang für vergleichbare Gebäude wie unter II.1.5) beschrieben nach, unter Angabe der:
- Summe NF (1-6) [m²] und %-Anteil Laborfläche (0-2 Pkt.),
 - bearbeitete Leistungsphasen nach HOAI § 33 (0-2 Pkt.),
- (gesamt: 0-4 Punkte).

Der Nachweis für die Erfahrungsbereiche 7 und 8 ist zu führen anhand von in den letzten 3 Jahren von Ihnen erfolgreich bearbeiteten oder abgeschlossenen Bauvorhaben mit folgenden Angaben:

- Auftraggeber/in und Ansprechpartner/in mit Tel. Nr.;
- bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber Vorlage einer von der zuständigen Behörde ausgestellten oder beglaubigten Bescheinigung bei Leistungen für private Auftraggeber. Vorlage einer vom Auftraggeber ausgestellten Bescheinigung; ist eine derartige Bescheinigung nicht erhältlich, so ist eine einfache Erklärung des Bewerbers zulässig;
- Art und Umfang der beauftragten Leistungen nach HOAI;
- Zeitraum der Leistungserbringung bis Lph. 8;
- Gesamtbaukosten des Objektes ohne Ersteinrichtung und ohne KG 100;
- Ausweis der Nachunternehmerleistungen.

Es werden keine Bewerbungsblätter/Bewerbungsmappen zur Verfügung gestellt!

Für jedes Projekt soll die Darstellung in Wort und Bild (farbig) max. auf 4 Seiten DIN A 4 erfolgen. Die Seiten sind jeweils zu nummerieren, Seiten ab der Seite 5 werden nicht gewertet. Die Referenzschreiben werden nicht zu den 4 Seiten gezählt. Ist die Anzahl der Büros, die die Auswahlkriterien erfüllen, größer als 3 Büros, wird die Auswahl durch das Los getroffen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja
Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: Die Bewerberin/der Bewerber muss bauvorlageberechtigt nach § 67 Hamburgische Bauordnung sein.

- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

- IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren): Nein

- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer: 3

- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

- IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Wirtschaftlichkeit in Planung, Ausführung und Betrieb	25
2. Fachlicher und Technischer Wert	25
3. Qualität	20
4. Honorar im Rahmen des geltenden Preisrechts	20
5. Ästhetik/Gestaltung	10

- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

2013 0003 HCUI VOF Architekten HSB-BM2

- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung: –

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

10. Juni 2013, 12.00 Uhr

- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –

- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Freie und Hansestadt Hamburg,
Vergabekammer bei der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einle-
gung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag
auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens
unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach
Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer
Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
7. Mai 2013

Hamburg, den 13. Mai 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

441

Auftragsbekanntmachung**Dienstleistungen**

**D-Hamburg: Dienstleistungen von Architektur- und
Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
2013/S 091-155094**

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wissenschaft und Forschung
vertreten durch die
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Hochschulbau –
Kontaktstelle(n): Vergabestelle
Weidestraße 122 c, 22083 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49/040/4 28 63 - 52 87
Telefax: +49/040/4 27 94 - 07 94
E-Mail: hsbvergabe@bsu.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Hochschulbau –
Kontaktstelle(n): Vergabestelle
Weidestraße 122 c, 22083 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/040/4 27 94 - 07 94
E-Mail: hsbvergabe@bsu.hamburg.de

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaf-
fungssystem) verschicken:
die oben genannten Kontaktstellen
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung
Bildung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag
anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-
trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen
Auftraggeber:
Neubau Forschungszentrum Universität Ham-
burg für Ultrafast Imaging (HCUI) – Technische
Gebäudeausrüstung.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
ferung bzw. Dienstleistung:
Dienstleistungen
Dienstleistungskategorie Nr 12:
Architektur, technische Beratung und Planung,
integrierte technische Leistungen, Stadt- und
Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftli-
che und technische Beratung, technische Versu-
che und Analysen.
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmen-
vereinbarung oder zum dynamischen Beschaf-
fungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen
Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
fungsvorhabens:
Mit dem Hamburg Center for Ultrafast Imaging
(HCUI) wird in Zusammenarbeit mit den bereits
existierenden (Center für Free-Electron Laser
Science – CFEL) oder im Bau/in der Planung
befindlichen (Center für Hybrid Nanostructures
– CHYN) Maßnahmen am Standort der Physik
Campus Hamburg-Bahrenfeld ein weiteres Ge-
bäude errichtet. Der Forschungsneubau wird im
Rahmen des CUI Bundesexzellenzclusters neu
geschaffene universitäre Arbeitsgruppen aufneh-
men. Insgesamt 6 Professuren werden an der
Schnittstelle zwischen Physik, Chemie und Bio-
logie an Fragen zur Dynamik von Atomen, Mole-
külen und Nanoteilchen bis hin zu biomolekula-
ren Komplexen und zellularen Funktionseinhei-
ten arbeiten und dabei modernste ultraschnelle
optische Methoden verwenden. Als Bedarf wer-
den ca. 2300 m² Nutzfläche (NF 1-6) benötigt,
von welcher ca. 46 % als exzellent ausgestattete
Laborfläche und ca. 54 % als Bürofläche genutzt
werden sollen.
a) Anforderungen an die Labore sind insbeson-
dere:
– physikalische, chemische und biochemi-
sche Versuche,
– Erschütterungsfreiheit,

	– Vermeidung von Infraschall, – Stabilität des Raumklimas.		
	b) Anforderungen an die Büroräume:		
	– z. T. mit kleineren Versuchsausstattungen (z. B. Mikroskopier- oder Assemblerplatz), – Konferenz- und Besprechungsraum.		
	c) Allgemeine Anforderungen an das Gebäude:		
	– Brandschutz für die Art des Gebäudes und der Nutzungen, – ggfs. Versammlungsstätte.		
	Ausgeschrieben sind die Leistungen gemäß § 53 HOAI in Verbindung mit Anlage 14. Das Projekt soll über ein ÖÖP-Verfahren realisiert werden, entsprechend hängen die Leistungsphasen 3-9 und die weitere Beauftragung von dem künftigen ÖÖP-Partner ab. Folgende Grundsätze sind zu berücksichtigen: Wirtschaftlichkeit in Planung, Ausführung und Betrieb, Prinzipien des nachhaltigen Bauens, Minimierung der Lebenszykluskosten und Optimierung der Energieeffizienz des Gebäudes.		
II.1.6)	Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)		
	Hauptgegenstand: 71240000		
II.1.7)	Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)		
	Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja		
II.1.8)	Lose		
	Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein		
II.1.9)	Angaben über Varianten/Alternativangebote		
	Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein		
II.2)	Menge oder Umfang des Auftrags		
II.2.1)	Gesamtmenge bzw. -umfang		
	Leistungen gemäß § 53 HOAI in Verbindung mit Anlage 14; Leistungsphasen 1-9 für die Anlagen- gruppen 1-8, Abruf der Leistungsphasen 1-2.		
II.2.2)	Angaben zu Optionen		
	Optionen: Nein		
II.2.3)	Angaben zur Vertragsverlängerung		
	Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein		
II.3)	Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung		
	Laufzeit: 6 Monate ab Auftragsvergabe		
ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN			
III.1)	Bedingungen für den Auftrag		
III.1.1)	Geforderte Kautionen und Sicherheiten		
	Haftpflichtversicherung:		
	Personenschäden: 2 500 000,- Euro		
	Sonstige Schäden: 2 000 000,- Euro		
	Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.		
		III.1.2)	Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
		III.1.3)	Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
			Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).
		III.1.4)	Sonstige besondere Bedingungen
			Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
		III.2)	Teilnahmebedingungen
		III.2.1)	Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
			Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
			Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers gem. II.1.1), einzureichen. Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z.B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, sämtliche/folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen. Des Weiteren ist eine Erklärung des anderen Unternehmens vorzulegen, mit dem dieses sich verpflichtet, für den Fall der Auftragserteilung an die Bewerberin bzw. den Bewerber, genau anzugebende Leistungen zu erbringen. Folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderte Erklärungen und Nachweise gem. VOF sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.
			1.) Angaben, ob und auf welche Art die Bewerberin bzw. der Bewerber wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft ist oder ob und auf welche Art sie oder er auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeitet, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen.
			2.) Formlose Erklärung, dass kein Ausschluss der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg von der Teilnahme am Wettbewerb nach § 4 Abs. 9 Buchstaben b) und c) VOF besteht.
			3.) Formlose Erklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 4 VOF vorliegen.
			4.) Namen/berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistung im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen.
			5.) Juristischen Personen haben einen aktuellen Handelsregistrauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- 6.) Bescheinigung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung. Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Vgl. III.1.1.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Die Bepunktung der unter 7 bis 9 geforderten Nachweise erfolgt mit bis zu einer Nachkommastelle.

- 7.) Das Bauvorhaben wird folgende Anforderungen beinhalten:

- a) Physikalische Versuche (0-2 Pkt.),
- b) Chemische und biochemische Versuche (0-2 Pkt.),
- c) Erschütterungsfreiheit (0-1 Pkt.),
- d) Laminar-Flow und Staubfilterung (0-2 Pkt.)

(gesamt: 0-7 Punkte).

Weisen Sie Ihre fachliche Eignung für dieses Projekt nach, indem Sie uns anhand von Ihnen bearbeiteter Projekte (einschl. LP 8) beschreiben, wie die oben genannten Anforderungen für Speziallabore von Ihnen in technischen Planungen umgesetzt wurden und ordnen Sie die zu bewertenden Anforderungen a)-d) den einzelnen Projekten zu.

- 8) Weisen Sie uns Ihren Erfahrungsumfang für Laborgebäude wie unter II.1.5) beschrieben nach, unter Angabe der:

- %-Anteil Laborfläche (0-2 Pkt.),
- bearbeitete Leistungsphasen nach HOAI § 53 (0-2 Pkt.),

(gesamt: 0-4 Punkte).

Der Nachweis ist zu führen anhand von erfolgreich durchgeführten (einschl. LP 8) Bauvorhaben im Bereich Laborgebäude, NF 1-6 >= 2 300 m².

Der Nachweis für die Erfahrungsbereiche 7 bis 8 ist zu führen anhand von in den letzten 3 Jahren von Ihnen erfolgreich bearbeiteten oder abgeschlossenen Bauvorhaben mit folgenden Angaben:

- I. Auftraggeber/in und Ansprechpartner/in mit Tel. Nr.;
- II. bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber Vorlage einer von der zuständigen Behörde ausgestellten oder beglaubigten Bescheinigung bei Leistungen für private Auftraggeber. Vorlage einer vom Auftraggeber ausgestellten Bescheinigung; ist eine derartige Bescheinigung nicht erhältlich, so ist eine einfache Erklärung des Bewerbers zulässig;
- III. Art und Umfang der beauftragten Leistungen nach HOAI;
- IV. Zeitraum der Leistungserbringung bis Lph. 8;
- V. Gesamtbaukosten des Objektes ohne Ersteinrichtung und ohne KG 100;
- VI. Ausweis der Nachunternehmerleistungen.

Es werden keine Bewerbungsblätter/Bewerbungsmappen zur Verfügung gestellt!

Für jedes Projekt soll die Darstellung in Wort und Bild (farbig) max. auf 4 Seiten DIN A 4 erfolgen. Die Seiten sind jeweils zu nummerieren, Seiten ab der Seite 5 werden nicht gewertet. Die Referenzschreiben werden nicht zu den 4 Seiten gezählt. Ist die Anzahl der Büros, die die Auswahlkriterien erfüllen, größer als 3 Büros, wird die Auswahl durch das Los getroffen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: -

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHRENIV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren): Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer: 3

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Wirtschaftlichkeit in Planung, Ausführung und Betrieb	30
2. Fachlicher und Technischer Wert	25
3. Qualität	20
4. Honorar im Rahmen des geltenden Preisrechts	20
5. Ästhetik/Gestaltung	5

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

2013 0003 HCUI VOF TGA HSB-BM2

- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung: –
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 10. Juni 2013, 12.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Freie und Hansestadt Hamburg,
Vergabekammer bei der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
7. Mai 2013

Hamburg, den 13. Mai 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

442

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

**D-Hamburg: Dienstleistungen in der Tragwerksplanung
2013/S 091-155139**

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wissenschaft und Forschung

vertreten durch die
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Hochschulbau –
Kontaktstelle(n): Vergabestelle
Weidestraße 122 c, 22083 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49/040/4 28 63 - 52 87
Telefax: +49/040/4 27 94 - 07 94
E-Mail: hsbvergabe@bsu.hamburg.de
Weitere Auskünfte erteilen:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Hochschulbau –
Kontaktstelle(n): Vergabestelle
Weidestraße 122 c, 22083 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/040/4 27 94 - 07 94
E-Mail: hsbvergabe@bsu.hamburg.de

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

- I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung
Bildung

- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag
anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**

- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Neubau Forschungszentrum Universität Hamburg für Ultrafast Imaging (HCUI) – Tragwerksplanung.

- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr 12:

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Mit dem Hamburg Center for Ultrafast Imaging (HCUI) wird in Zusammenarbeit mit den bereits existierenden (Center für Free-Electron Laser Science – CFEL) oder im Bau/in der Planung befindlichen (Center für Hybrid Nanostructures – CHYN) Maßnahmen am Standort der Physik Campus Hamburg-Bahrenfeld ein weiteres Gebäude errichtet. Der Forschungsneubau wird im Rahmen des CUI Bundeseinzellenzclusters neu geschaffene universitäre Arbeitsgruppen aufnehmen. Insgesamt 6 Professuren werden an der Schnittstelle zwischen Physik, Chemie und Biologie an Fragen zur Dynamik von Atomen, Molekülen und Nanoteilchen bis hin zu biomolekularen Komplexen und zellularen Funktionseinheiten arbeiten und dabei modernste ultraschnelle optische Methoden verwenden. Als Bedarf werden ca. 2300 m² Nutzfläche (NF 1-6) benötigt, von welcher ca. 46 % als exzellent ausgestattete Laborfläche und ca. 54 % als Bürofläche genutzt werden sollen.

a) Anforderungen an die Labore sind insbesondere:

- physikalische, chemische und biochemische Versuche,
- Erschütterungsfreiheit,
- Vermeidung von Infrasschall,
- Stabilität des Raumklimas.

b) Anforderungen an die Büroräume:

- z. T. mit kleineren Versuchsausstattungen (z. B. Mikroskopier- oder Assemblierplatz),
- Konferenz- und Besprechungsraum.

c) Allgemeine Anforderungen an das Gebäude:

- Brandschutz für die Art des Gebäudes und der Nutzungen,
- ggfs. Versammlungsstätte.

Ausgeschrieben sind die Leistungen gemäß § 49 HOAI in Verbindung mit Anlage 13. Das Projekt soll über ein ÖÖP-Verfahren realisiert werden, entsprechend hängen die Leistungsphasen 3-6 und die weitere Beauftragung von dem künftigen ÖÖP-Partner ab. Folgende Grundsätze sind zu berücksichtigen: Wirtschaftlichkeit in Planung, Ausführung und Betrieb, Prinzipien des nachhaltigen Bauens, Minimierung der Lebenszykluskosten und Optimierung der Energieeffizienz des Gebäudes.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71327000

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang

Leistungen gemäß § 49 HOAI in Verbindung mit Anlage 13; Leistungsphasen 1-6, Abruf der Leistungsphasen 1-2.

II.2.2) Angaben zu Optionen

Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw.

Beginn und Ende der Auftragsausführung

Laufzeit: 6 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten

Haftpflichtversicherung:

Personenschäden: 2 500 000,- Euro

Sonstige Schäden: 2 000 000,- Euro

Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers gem. II.1.1), einzureichen. Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z.B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, sämtliche/folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen. Des Weiteren ist eine Erklärung des anderen Unternehmens vorzulegen, mit dem dieses sich verpflichtet, für den Fall der Auftragserteilung an die Bewerberin bzw. den Bewerber, genau anzugebende Leistungen zu erbringen. Folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderte Erklärungen und Nachweise gem. VOF sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen.

gen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

- 1.) Angaben, ob und auf welche Art die Bewerberin bzw. der Bewerber wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft ist oder ob und auf welche Art sie oder er auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeitet, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen.
- 2.) Formlose Erklärung, dass kein Ausschluss der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg von der Teilnahme am Wettbewerb nach § 4 Abs. 9 Buchstaben b) und c) VOF besteht.
- 3.) Formlose Erklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 4 VOF vorliegen.
- 4.) Namen/berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistung im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen.
- 5.) Juristischen Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- 6.) Bescheinigung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung. Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Vgl. III.1.1.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Bepunktung der unter 7 bis 9 geforderten Nachweise erfolgt mit bis zu einer Nachkommastelle.

- 7.) Das Bauvorhaben wird folgende Anforderungen beinhalten:

- a) Laborgebäude (0–2 Pkt.),
 - b) Erschütterungsfreiheit (0–2 Pkt.),
- (gesamt: 0–4 Punkte).

Weisen Sie Ihre fachliche Eignung für dieses Projekt nach, indem Sie uns anhand von Ihnen bearbeiteter Projekte beschreiben, wie die oben genannten Anforderungen für Gebäude von Ihnen umgesetzt wurden und ordnen Sie die zu bewertenden Anforderungen a)-b) den einzelnen Projekten zu.

Der Nachweis für die Erfahrungsbereiche unter 7 ist zu führen anhand von in den letzten 3 Jahren von Ihnen erfolgreich bearbeiteten oder abgeschlossenen Bauvorhaben mit folgenden Angaben:

- I. Auftraggeber/in und Ansprechpartner/in mit Tel. Nr.;
- II. bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber Vorlage einer von der zuständigen Behörde ausgestellten oder beglaubigten Bescheinigung bei Leistungen für private Auftraggeber. Vorlage einer vom Auftraggeber ausgestellten Bescheinigung; ist eine derartige Bescheinigung nicht erhältlich, so ist eine einfache Erklärung des Bewerbers zulässig;

gung nicht erhältlich, so ist eine einfache Erklärung des Bewerbers zulässig;

III. Art und Umfang der beauftragten Leistungen nach HOAI;

IV. Zeitraum der Leistungserbringung bis Lph. 6;

V. Gesamtbaukosten des Objektes ohne Ersteinrichtung und ohne KG 100;

VI. Ausweis der Nachunternehmerleistungen.

Es werden keine Bewerbungsblätter/Bewerbungsmappen zur Verfügung gestellt!

Für jedes Projekt soll die Darstellung in Wort und Bild (farbig) max. auf 4 Seiten DIN A 4 erfolgen. Die Seiten sind jeweils zu nummerieren, Seiten ab der Seite 5 werden nicht gewertet. Die Referenzschreiben werden nicht zu den 4 Seiten gezählt. Ist die Anzahl der Büros, die die Auswahlkriterien erfüllen, größer als 3 Büros, wird die Auswahl durch das Los getroffen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: Die Bewerberin/der Bewerber muss bauvorlageberechtigt nach § 67 Hamburgische Bauordnung sein.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren): Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer: 3

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung	ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN	
1. Wirtschaftlichkeit in Planung, Ausführung und Betrieb	30	VI.1)	Angaben zur Wiederkehr des Auftrags: Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
2. Fachlicher und Technischer Wert	30	VI.2)	Angaben zu Mitteln der Europäischen Union: Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
3. Qualität	20		
4. Honorar im Rahmen des geltenden Preisrechts	20		
IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion		VI.3)	Zusätzliche Angaben: –
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein		VI.4)	Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren
IV.3) Verwaltungsangaben		VI.4.1)	Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren Freie und Hansestadt Hamburg, Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: 2013 0003 HCUI VOF TWP HSB-BM2			
IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein		VI.4.2)	Einlegung von Rechtsbehelfen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung: –		VI.4.3)	Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 10. Juni 2013, 12.00 Uhr		VI.5)	Tag der Absendung dieser Bekanntmachung: 7. Mai 2013
IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –			Hamburg, den 13. Mai 2013
IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch			Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 443
IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –			
IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –			

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

71 I K 71/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Grabauer Weg 6, 6a belegene, im Grundbuch von Langenhorn Blatt 13 673 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1763/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 734 m² großen Flurstück 5010, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Keller-raum, im Aufteilungsplan jeweils bezeichnet mit Nummer 2, durch das Gericht versteigert werden.

Eingeschossiges, gering unterkellertes Siedlungsmittelhaus (postalische Anschrift: Grabauer Weg 6) mit etwa 77,7 m² Wohnfläche, bestehend aus 3 Zimmern (davon 1 ungenehmigter Zimmeranbau) und einem weiteren kleinen Raum, Küche, Vollbad, Terrasse. Baujahr 1952. Gaszentralheizung, ältere isolierverglaste Holzfenster, im straßenseitigen Erdgeschoss mit isolierverglasten Kunststoff-fenstern aus dem Jahre 2011. Zur Zeit der Begutachtung selbstgenutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 115 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 16. Juli 2013, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter www.zvg.com heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 20. September 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie

bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 17. Mai 2013

Das Amtsgericht, Abt. 71
444

Zwangsversteigerung

323 K 26/11 (mit 323 K 27/11). Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen folgende in Hamburg, Holtenustraße 29 belegenen Wohnungseigentumsrechte, durch das Gericht versteigert werden:

a) 118/1000 Miteigentumsanteile an dem 428 m² großen Grundstück (Flurstück 5), verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nummer W1 bezeichneten Wohnung, sowie dem Abstellraum im Dachgeschoss, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nummer A1 und dem Sondernutzungsrecht an einer Gartenfläche, eingetragen im Grundbuch von Altona-Nordwest Blatt 4814 (323 K 26/11) und b) 84/1000 Miteigentumsanteile an dem 428 m² großen Grundstück (Flurstück 5), verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nummer W3 bezeichneten Wohnung, sowie dem Abstellraum im Dachgeschoss, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nummer A3, eingetragen im Grundbuch von Altona-Nordwest Blatt 4816 (323 K 27/11). Objektbeschreibung laut Gutachten vom 4. Oktober 2012 hinsichtlich des zu a) genannten Wohnungseigentums: Die vermietete Wohnung ist im Erdgeschoss links des etwa im Jahre 1914 errichteten Gebäudes belegen und hat eine Größe von 62,57 m². 3 Zimmer, Küche, Flur, Bad. Teilweise Unterhaltungsstau und Modernisierungsbedarf. Objektbeschreibung laut Gutachten vom 4. Oktober 2012 hinsichtlich des zu b) genannten Wohnungseigentums: Die vermietete Wohnung ist im I. Obergeschoss links des etwa im Jahre 1914 errichteten Gebäudes belegen und hat eine Wohnfläche von 47,18 m². 2 Zimmer, Küche, Flur, Bad. Teilweise Unterhaltungsstau und Modernisierungsbedarf.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 84 000,- Euro (323 K 26/11) bzw. 63 000,- Euro (323 K 27/11).

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 19. Juli 2013, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, 22765 Hamburg, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 3, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de (mit Gutachterdownload).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist jeweils am 20. Juli 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten

Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundbesitzes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 17. Mai 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Altona**

Abteilung 323

445

Zwangsversteigerung

323 K 24/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Palmille 33, 35, 35 A belegene, im Grundbuch von Altona-Südwest Blatt 3195 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 723/100 000 Miteigentumsanteilen an dem 5565 m² großen Flurstück 1118, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum Nummer 65, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten, ohne Innenbesichtigung: Die Wohnung liegt im XI. Obergeschoss vorne links (von der Palmille aus gesehen, Nordostbereich des Gebäudes). Die Wohnfläche von etwa 67,85 m² verteilt sich auf 2 Zimmer, Flur, Badezimmer und ein gesondertes WC. Isolierverglaste Aluminiumfenster. Wärme- und Warmwasserversorgung zentral über Ölzentralheizung. Zur Wohnung gehört das Sondernutzungsrecht an einem Tiefgaragenstellplatz. Zur Wohnungseigentumsanlage, Baujahr 1973, gehören 124 Wohneinheiten, 4 Teileigentumseinheiten und 128 Tiefgaragenstellplätze. Vorhanden sind im Gebäude zwei Aufzüge, eine Müllschluckeranlage sowie ein Schwimmbad mit Saunabereich.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 220 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 7. August 2013, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, 22765 Hamburg, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 3, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet unter

www.zvg.com und www.zvhh.de (mit Gutachterdownload).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 6. August 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 17. Mai 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Altona**

Abteilung 323

446

Zwangsversteigerung

417 K 28/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21037 Hamburg, Kirchwerder Hausdeich 327 belegene, im Grundbuch von Kirchwerder Blatt 4168 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1/2 Miteigentumsanteil an dem 506 m² großen Flurstück 8627, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen Nummer 1, durch das Gericht versteigert werden.

Es handelt sich um eine 3-Zimmer-Wohnung im Erdgeschoss eines 1996 errichteten vollunterkellerten Zweifamilienhauses mit ausgebautem Dachgeschoss. Wohnfläche etwa 98 m², verteilt auf 1 Flur, 1 Wohnzimmer mit offener Küche, 2 Zimmer, Bad, Gäste-WC, 3 Kellerräume wovon 1 Raum für Wohnnutzung ausgebaut ist und über einen separaten Eingang nach draußen verfügt. Gasheizung. Warmwasserversorgung über Heizung. Ferner ist vorhanden: Terrasse. Die Nutzung erfolgt durch Schuldner.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 143 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 2. Juli 2013, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsge-

richt Hamburg-Bergedorf, Ernst-Man-tius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 312, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Telefon: 040/42891-2393/-2163. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 5. Januar 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, andernfalls werden sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Hamburg, den 17. Mai 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**
Abteilung 417

447

Zwangsversteigerung

541 K 16/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 22587 Hamburg, Falkentaler Weg 3 a-c belegene, im Wohnungsgrundbuch von Blankenese Blatt 3215 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 15 915/100 000 Miteigentumsanteilen an dem 2001 m² großen Grundstück (Flurstück 1361), verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nummer 1 bezeichneten Wohnung und den Räumen, sowie dem Sondernutzungsrecht an dem Stellplatz Nummer 1 in der Garage, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Die vermietete Wohnung ist im Erdgeschoss des im Jahre 1980 errichteten Gebäudes belegen und hat nach dem Wertgutachten vom 29. November 2012 eine Größe von etwa 92 m² sowie etwa 70 m² Hobbyfläche im Kellergeschoss. Die Fläche verteilt sich auf 2 1/2 Zimmer, Küche, Bad, Flur im Erdgeschoss

nebst einer Terrasse sowie 3 Räume, Flur und Bad im Kellergeschoss. Das monatliche Wohngeld beträgt laut Gutachten 707,- Euro inklusive Betriebs- und Heizkosten. Die monatlich gezahlte Miete soll laut Gutachten 1650,- Euro warm betragen.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 15. Juli 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 350 000,- Euro. Einheitswert: 62 400,- DM. Gebäudefeuersicherungswert für das gesamte Gebäude ist nicht bekannt.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 11 im Erdgeschoss, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Informationen mit dem Gutachten zum Download auch im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 19. Juli 2013, 10.30 Uhr**, im Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Dormienstraße 7, 22587 Hamburg, I. Stock, Saal 18.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 17. Mai 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Blankenese**
Abteilung 541

448

Zwangsversteigerung

616 K 18/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21109 Hamburg, Am Weidengrund 5 belegene, im Grundbuch von Wilhelmsburg Blatt 3831 eingetragene 609 m² große Grund-

stück (Flurstück 3135), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem freistehenden Einfamilienhaus, Baujahr 1955, Unterkellerung mit einem Keller-raum, sonst Kriechkeller. Dachgeschoss ausgebaut. Wohnfläche etwa 120 m², verteilt auf Dachgeschoss (etwa 45 m²) mit 3 Zimmern (davon ein Durchgangszimmer), Diele, Bad, WC und Erdgeschoss mit 4 Zimmern (etwa 75 m²). Ölheizung. Warmwasserversorgung Erdgeschoss über Heizung; im Dachgeschoss über elek. Durchlauferhitzer. Garage. Teilweiser Unterhaltungsstau und allgemeiner Renovierungsbedarf. Bombenblindgängerverdachtsfläche. Die Nutzung erfolgt in Eigennutzung.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 184 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 2. Juli 2013, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040/42871-2406, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.zvhh.de und www.versteigerungs-pool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 8. März 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 17. Mai 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**
Abteilung 616

449

Sonstige Mitteilungen

**Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung (§ 12 VOL/A)****DESY Ausschreibungsnummer: C2033-13****a) Auftraggeber:**

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung nach § 3 Absatz 1 VOL/A.

c) Form in der Angebote einzureichen sind:

Angebote sind schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossen Umschlag mit der Kennzeichnung:

„Öffentliche Ausschreibung DESY C2033-13
Angebotstermin 28. Mai 2013“

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY

Haus- und Lieferanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Briefpost: 22603 Hamburg

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) Art und Umfang der Leistung:

4000 m Kabel NYY-O, 1 x 95 qmm SW, 0,6/1KV

1000 m Kabel NYY-O, 1 x 185 qmm SW, 0,6/1KV

1000 m Kabel N2XH-O, 1 x 95 qmm RM SW, 0,6/1KV

Leitung auf Trommeln a 500 m bzw. 1000 m.

Die Kabel sind auf Preisbasis Kupfer DEL-Notierung 580,- EUR/100 kg exkl. 1 % Beschaffungskosten anzubieten. Abrechnung erfolgt zur veröffentlichten DEL-Notierung vom Tage der DESY-Bestellung + 1 % Beschaffungskosten.

Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg.

e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: entfällt**f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten: entfällt****g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:**

Der kürzest mögliche Liefertermin ist anzugeben.

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

Abteilung V4 – Warenwirtschaft

Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Die Vergabeunterlagen können bis zum 22. Mai 2013 angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: 28. Mai 2013

Ablauf der Bindefrist: 15. Juli 2013

j) Geforderte Sicherheiten:

Siehe Vergabeunterlagen.

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:

Die Zahlungsbestimmungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

l) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr).

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind. Alle geforderten Nachweise und Erklärungen, die dort nicht hinterlegt sind, sind mit dem Angebot einzureichen.

m) Vervielfältigungskosten: entfällt**n) Zuschlagskriterien:**

Zuschlagskriterien: 100 % Preis. Der Zuschlag wird nach § 18 VOL/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller Umstände als das Wirtschaftlichste erscheint.

Hamburg, den 14. Mai 2013

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

450